

Brief von Jean Monnet an Robert Schuman (Paris, 22. Januar 1951)

Legende: Am 22. Januar 1951 richtet Jean Monnet ein Schreiben an den französischen Außenminister Robert Schuman, in dem er das Problem der Dekonzentration der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet im Rahmen der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft darlegt.

Quelle: Jean Monnet, Robert Schuman, Correspondance 1947-1953. Lausanne: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, 1986. 188 p. (Cahiers rouges). p. 97-100.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/brief_von_jean_monnet_an_robert_schuman_paris_22_januar_1951-de-18322de9-9556-4d78-98ff-31e93f4d398a.html



Publication date: 06/07/2016

Brief von Jean Monnet an Robert Schuman (Paris, 22. Januar 1951)

Mein lieber Präsident,

Die Konferenz über den Schuman-Plan hat, wie Sie wissen, ihre Arbeiten am letzten Dienstag wieder aufgenommen. Wir haben bereits die meisten Modifizierungen, die wir den anderen Delegationen nach den Bemerkungen der Minister zum Vertragsentwurf und den Übergangsbestimmungen vorschlagen wollten, durchsetzen können. Die Überarbeitung des Entwurfs des Übereinkommens ist beinahe abgeschlossen.

Aber obwohl eine Lösung für fast alle technischen Schwierigkeiten gefunden wurde und die Texte Ende dieser Woche fertig sein sollten, ist die Konferenz in eine besonders kritische Schlussphase eingetreten. Die nächsten Tage werden über den Erfolg oder das Scheitern des Schuman-Plans entscheiden.

Dabei geht es darum zu sehen, ob die anderen Delegationen die Bestimmungen, die wir zur Abschaffung der Kartelle und zur Unterbindung exzessiver Konzentrationen in der geplanten Gemeinschaft vorgeschlagen haben, akzeptieren werden (Art. 60 und 61 des Vertragsentwurfs). Die endgültige Haltung der Delegationen hängt nämlich vom Verhalten der deutschen Delegation ab. Diese hat erklärt, dass sie sich äußern werde, sobald sie die notwendigen Maßnahmen zur Neuorganisation der Unternehmen im Ruhrgebiet kennen würde. Aus diesem Grund bat sie uns, die Konferenz eine Woche vor Weihnachten bis Anfang Januar zu unterbrechen, da die Verhandlungen zwischen der Hohen Kommission und der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Dekonzentration in dieser Zeit zu einem Abschluss kommen sollten.

Ungeachtet der wiederholt von der Bundesregierung erbetenen und erhaltenen zusätzlichen Fristen ist bisher keine Einigung in Bonn erzielt worden.

Diese Dekonzentrationsmaßnahmen hätten inzwischen schon seit langem ergriffen werden müssen. Aber wie Sie wissen, haben die Vorbehalte einiger unserer Vertreter hinsichtlich der Dekonzentrationsmaßnahmen für die Kohleindustrie, die die Amerikaner – die in diesem Fall eine entscheidende Rolle spielen – formuliert hatten, lange Zeit die Dekonzentrationsmaßnahmen für die Eisen- und Stahlindustrie verzögert.

Um schnell zu einer zufrieden stellenden Neuorganisation der Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet zu gelangen, haben seit Oktober eine Reihe von Sitzungen in Paris stattgefunden, um zwischen den französischen und amerikanischen Vertretern in Deutschland einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, und Sie haben daraufhin unseren Vertretern bei der Hohen Kommission die notwendigen Anweisungen erteilt.

Diesen Anweisungen zufolge sollte jedes Kohlenbergwerk im Ruhrgebiet sein Verkaufssystem selbst organisieren, und eine gemeinsame Verkaufseinrichtung sollte grundsätzlich nicht genehmigt werden. Die Bundesregierung erklärte eine solche Lösung für inakzeptabel, weswegen wir – nachdem wir die amerikanischen Vertreter überzeugt hatten – einen Kompromiss vorschlugen, dem zufolge die DKV, die derzeit über das Verkaufsmonopol für Kohle im Ruhrgebiet verfügt, nicht durch einzelne gemeinsame Verkaufseinrichtungen ersetzt würde, sondern durch eine begrenzte Anzahl – ungefähr zehn – gemeinsamer Verkaufskontore. Die Bundesregierung ist derweil von ihrer ursprünglichen Position nicht abgerückt, und fordert weiterhin den Fortbestand der DKV, das heißt eine einzige Einrichtung mit dem Verkaufsmonopol für Kohle im Ruhrgebiet.

Nach mehreren Wochen der Diskussionen und Bemühungen bleibt die Frage ungeklärt, die Bundesregierung hat die Abschaffung der DKV noch nicht akzeptiert, und aufgrund dieser Tatsache bleibt auch die Dekonzentration der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes offen, da die Existenz eines Verkaufsmonopols für Kohle unvereinbar mit einer Beschränkung der Verbindung Kohle-Stahl auf einige Sonderfälle ist.

Ganz offensichtlich tun die Deutschen alles, um keine Entscheidungen zu treffen. Zweifelsohne hat die Hohe Kommission die Macht, die Dekonzentration zu erzwingen, was aber zwei Gefahren in sich birgt, die wir vermeiden müssen: der Opposition im Bundestag eine Plattform zur Ablehnung des Schuman-Plans zu

bieten, oder, wenn der Schuman-Plan trotzdem ratifiziert wird, den Deutschen in Zukunft die Möglichkeit zu geben, das, was erreicht wurde, in Frage zu stellen und rückgängig zu machen.

Einige deutsche Delegierte schlugen vor, dass die Konferenz auseinander geht, ohne sich über Artikel 60 und 61 zu einigen, die die Kartelle und Konzentrationen betreffen, und die Frage an die Tagung der Minister verweist. Ich antwortete ihnen, dass die Konferenz dies beschließen könne, dass ich aber meinerseits den Regierungen nicht empfehlen werde, dass Texte paraphiert werden, die so wesentliche Klauseln ungeklärt lassen, und dass ich dieses Scheitern der Konferenz nicht absegnen werde, indem ich weiterhin ihren Vorsitz führe.

Dieses Unvermögen, sich über Artikel 60 und 61 zu einigen, wäre in der Tat das Eingeständnis eines Scheiterns. Die Delegationen der sechs Staaten haben den Auftrag erhalten, den Regierungen die Mittel vorzuschlagen, um die französische Erklärung vom 9. Mai umzusetzen. Diese hatte sich die Einrichtung einer supranationalen Behörde und einer Organisation zum Ziel gesetzt, die „im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das nach einer Aufteilung und Ausbeutung der nationalen Märkte durch einschränkende Praktiken und die Aufrechterhaltung hoher Profite strebt, ... die geplante Organisation die Verschmelzung der Märkte und die Ausdehnung der Produktion gewährleisten [wird]“.

Aus politischer Sicht haben wir es nach Anfangsschwierigkeiten vermocht, den Grundsatz der Supranationalität und seine Konsequenzen sowohl im Hinblick auf die Institutionen des Schuman-Plans als auch auf die Wirtschafts- und Sozialbestimmungen durchzusetzen, wo diese die Zuständigkeit der Regierung beeinträchtigen und im Bereich Kohle und Stahl die nationale Souveränität beschränken.

Aber in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hängt die Wirksamkeit des Schuman-Plans von den Bestimmungen über die Kartelle und Konzentrationen ab. Denn:

a) die Erhaltung der Kartelle ist unvereinbar mit der Steigerung der Produktivität, die für den wirtschaftlichen Fortschritt unserer Länder und die Verbesserung der Lebensstandards ihrer Bevölkerungen unverzichtbar ist. Diese Ergebnisse fordern neue Initiativen von den Unternehmen, woran sie durch die Kartelle gehindert werden, deren Ziel die Erhaltung des Status quo ist, egal wie ungerechtfertigt er auch sein mag und egal wie groß die Belastung für die effizienten Unternehmen und die Gemeinschaft ist.

b) Außerdem – und das betrifft vor allem Frankreich – würde das Fehlen von Bestimmungen zur Abschaffung der Kartelle und exzessiven Konzentrationen wirtschaftlicher Macht Folgendes bedeuten:

- die Erhaltung der DKV, des einzigen Verkaufskontors für Kohle im Ruhrgebiet. Angesichts der Bedeutung der Ruhrkohle und des Ruhrkokses für die Mitgliedstaaten des Schuman-Plans könnte das Ruhrgebiet dadurch echte Kontrolle über die Wirtschaftsaktivitäten der anderen Länder ausüben. Wollte man gegenüber Ländern, die alle ein Defizit an Brennstoffen haben, ein zentrales Verkaufsorgan im Ruhrgebiet erhalten, würde man die Existenz eines Verkaufsmonopol akzeptieren, wogegen weder die aktuelle Kontrolle noch die ihm Rahmen des Schuman-Plans eingegangenen Verpflichtungen einen effizienten Schutz gewährleisten könnten.

- aus politischer Sicht: Sollten die traditionellen Herrscher des Ruhrgebietes ihren Einfluss auf die deutsche Politik wiederherstellen, können unsere Unternehmen nur mit gleichen Mitteln darauf antworten, das heißt mit Konzentrationen ähnlich den deutschen Vorkriegskonzernen, die gleichzeitig einen großen Teil der Kohle- und Stahlproduktion, der mechanischen Industrien, des Transportwesens etc. kontrollierten.

Ohne wirksame Maßnahmen zur Zerschlagung der Kartelle und zur Dekonzentration ist die Umsetzung des Schuman-Plans unmöglich, denn sie würde die Gemeinschaft der sechs Länder der Herrschaft der monolithischen Organisationen des Ruhrgebiets unterwerfen und außerdem zur Erhaltung und zur Stärkung

der Kartellorganisationen in den anderen Ländern beitragen.

Ich möchte hinzufügen, dass die Modernisierung und die Entwicklung der Kohle- und Stahlindustrien in unseren Ländern von der Möglichkeit zur Finanzierung notwendiger Investitionen abhängen. Ohne die amerikanische Hilfe werden diese Industriezweige – das wissen wir durch die Erfahrung der letzten Jahre – nicht über ausreichende Finanzierungsmittel verfügen. Diese Hilfe ist also notwendig für die erfolgreiche Umsetzung des Schuman-Plans. Die amerikanische Regierung möchte zu unseren Bemühungen beitragen können. Aber egal, wie gut ihre Absichten sind, ohne die Unterstützung der öffentlichen Meinung wird sie nichts vermögen. Aber das Fehlen von Bestimmungen gegen die Kartelle und die exzessiven Konzentrationen wird uns diese Unterstützung entziehen, weil es die ursprünglichen Befürchtungen der Vereinigten Staaten bestätigt, dass sich hinter dem Schuman-Plan im Endeffekt ein gigantisches internationales Kartell verbirgt.

Zudem würde sich derselbe Vorwurf, den einige Mitglieder der britischen Regierung uns gemacht haben, im Nachhinein bewahrheiten.

Wir sprachen bereits mehrmals darüber. Ich wollte Sie noch einmal so genau wie möglich über den Stand der Diskussionen und ihre Bedeutung in Kenntnis setzen, zu einem Zeitpunkt, da diese Haltung das Gelingen oder das Scheitern bedeutet und da meiner Ansicht nach von unserer Entschlossenheit zweifelsohne der Erfolg des Schuman-Plans abhängt.

Jean Monnet